



# SPREEREBELL

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ K. Marx

ZEITUNG DER DKP FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

➤ JUNI 2011

## WOHNEN WIRD LUXUS – WIDERSTAND NIMMT ZU

Berliner „Mieterhöhungsspiegel“ 2011

➤ Die Veröffentlichung des neuen Berliner Mietspiegels am 30. Mai ist von zahlreichen Protestaktionen begleitet worden. Bereits die Pressekonferenz der Stadtentwicklungs-senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) wurde erfolgreich gestört. Die Kritik (u.a. „Die Überflüssigen“) richtete sich gegen die zunehmende Verdrängung und die profitorientierte Wohnungspolitik des „rot-roten“ Senats.

Der Mietspiegel 2011 zeigt deutlich: Wohnen in Berlin wird immer teurer. Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen sind die Wohnkosten eine kaum mehr zu ertragende Belastung.

### ERFOLGREICHER PROTEST UND HAUSBESETZUNG

Mit einer Kundgebung vor der Zentrale der GSW und einer Hausbesetzung im Wrangelkiez wurde der Protest fortgesetzt. Wenige Stunden nach der Besetzung wurde das Haus von der Polizei brutal geräumt. Es gab Festnahmen und Verletzte. Das Haus in der Schlesischen Straße 25 wurde ausgewählt, da es der GSW 1993 vom Bezirksamt Kreuzberg (neben 22 weiteren) kostenlos überlassen wurde. Die vorgeschriebenen Instandhaltungsarbeiten wurden von der GSW niemals durchgeführt, das Haus verkam. Die GSW, einst die größte landeseigene Berliner Wohnungsbaugesellschaft, wurde 2004 privatisiert. 2008 kündigte die GSW Modernisierungen und parallel massive Mietsteigerungen an. Die meisten Mieter zogen daraufhin aus. Von den 35 Wohneinheiten stehen heute 33 leer. Das fast entmietete Haus ist so verkaufsfertig gemacht worden, denn leerstehende Häuser sind auf dem Markt lukrativer. Gerade in den Bezirken innerhalb des S-Bahn-rings liegen die Mieten deutlich über dem bisherigen Niveau.

➤ FORTSETZUNG SEITE 2



### UNTERSTÜTZT DIE KANDIDATUR DER DKP!

Bis 12. Juli Unterstützungs-  
unterschrift einreichen!

Am 18. September finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) statt. Zur Wahl steht eine Allparteienkoalition von CDU, FDP, SPD und GRÜNEN, von der vor allem eines zu erwarten ist: Weitere Angriffe gegen unser Recht auf Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Mobilität. Zur Wahl steht auch „DIE LINKE“, die als Regierungspartei bewiesen hat, diese Angriffe mitzutragen. Zur Wahl kann aber auch eine Partei stehen, die in Stadtteilinitiativen, Bündnissen und Gewerkschaften den Kampf gegen diese Politik der Banken und Konzerne aufgenommen hat. Diese Partei ist die DKP. Um aber bei den Wahlen antreten zu können, benötigen wir über 2.200 Unterstützungsunterschriften.

Unterstützt die DKP mit eurer Unterschrift, damit am 18. September eine konsequent antikapitalistische Kraft auf dem Wahlzettel steht! Die Listen können noch bis einschließlich 12. Juli beim Wahlamt eingereicht werden.

WAHLPROGRAMM,  
UNTERSCHRIFTENLISTEN & MEHR:  
[www.dkp-berlin.info](http://www.dkp-berlin.info)  
[dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de](mailto:dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de)



## O-TON

*„Wir wollen die Aufwertung bestimmter Quartiere. Dies kann dazu führen, dass mehr wohlhabende Mieter in Gegenden wie den Kreuzberger Grafekiez ziehen. Aber ist es denn so furchtbar, wenn sich die Leute die Miete selbst leisten können?“*

Berlins Bürgermeister **Klaus Wowereit (SPD)** bei einer Veranstaltung des „Tagesspiegel“-Mittelstandsmagazins „Berlin maximal“.

## TERMIN-PINNWAND

➤ **DI, 21. JUNI, 19.00 UHR**  
**„NEHMEN WIR UNS DIE STADT ZURÜCK“**

Veranstaltung gegen steigende Mieten, Gentrifizierung und Vertreibung aus unseren Kiezen,

**ORT:** Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Str. 130

➤ **SA, 02. JULI, AB 11.00 UHR**  
**EINE UNTERSCHRIFT FÜR DIE DKP!**

Infostände der DKP. Kommt vorbei und unterschreibt unsere Unterstützungslisten!

**ORTE:** Kreuzberg: U-Bhf. Kotti, Friedrichshain: Boxhagener Platz.

➤ **DO, 07. JULI, 19.30 UHR**  
**ROTER STAMMTISCH**

DKP Friedrichshain-Kreuzberg lädt ein zur Diskussion zu aktuellen politischen Themen.

**ORT:** Kneipe „Zum Franziskaner“, Dresdener Str. 17, Kreuzberg, U-Kotti

➤ **SA, 23. JULI, AB 14.00 UHR**  
**FIESTA DE SOLIDARIDAD**

Cuba sí: 20 Jahre gelebte Solidarität  
**ORT:** Stadtpark Lichtenberg (Parkkaue), S+U-Bhf. Frankfurter Allee.

➤ FORTSETZUNG VON SEITE 1

So ist die Vergleichsmiete z.B. in Altbauten gegenüber dem letzten Mietspiegel um bis zu 20 Prozent gestiegen ist. Privatisierung öffentlichen Wohneigentums, steigende Einwohner- und Haushaltszahlen, die Umwandlung von Miet- zu Eigentumswohnungen, die Zweckentfremdung von Wohnraum durch Ferienwohnungen u.Ä. tun ihr Übriges, um das Berliner Wohnungsangebot zu verknappen und um überdurchschnittliche Renditen zu erzielen. Der Mietspiegel 2011 wird eine weitere Erhöhungswelle nach sich ziehen: Die Mietspiegelmieten bilden nicht die realen Durchschnittsmieten ab, da nur Veränderungen durch Neuabschluss oder Mietveränderung im laufenden Vertrag über einen Zeitraum von vier Jahren gemessen werden. Die sich nicht verändernden Bestandsmieten werden nicht be-

rücksichtigt. Das ermöglicht die Bestandsmieten an die neuen höheren Vergleichsmieten anzupassen.

## PRIVATISIERUNGEN STOPPEN

Die DKP Berlin fordert den sofortigen Stopp jeglicher Privatisierungen öffentlichen Wohnungseigentums, den Wiedereinstieg in den kommunalen sozialen Wohnungsbau und einen allgemeinen unbefristeten Mietenstopp. Gleichzeitig unterstützt die DKP Berlin jeglichen Widerstand gegen Mietsteigerungen und Verdrängung – vom Mietboykott bis zur Besetzung leerstehenden Wohnraums.

**DESHALB VORMERKEN:**



## KEIN PODIUM FÜR RASSISTEN!

*„Pro Deutschland“ raus aus unserem Bezirk!*

➤ **Am 17. Juni hat die ultrarechte Partei „Pro Deutschland“ am Frankfurter Tor eine Kundgebung unter dem Motto „Kreuzberg: Demokratiefreie Zone?“ abgehalten. Der Vorwurf der Rechten lautete: Das Bezirksamt hätte ihre Kreisverbandsgründung im Kreuzberger Rathaus verhindert.** Die Rechtspopulisten gründeten daraufhin am 10. Mai ihren Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg an unbekanntem Ort. Hier wurde die Kandidatenliste für die Berliner Wahlen im September aufgestellt sowie die „Aktion“ am 17. Juni beschlossen. „Wir werden (...) gegen rote, braune und grüne Diktaturen auf die Straße gehen“, tönte Manfred Rouhs, Vorsitzender und „Spitzenkandidat“ der Rechten im Vorfeld.

„Pro Deutschland“ steht aber nicht nur für die Umdeutung der deutschen Geschichte, sondern vor allem

für „bürgernahen“ Rassismus. Mit einem nationalistischen und rassistischen Programm will sie nun bei der Abgeordnetenhauswahl im September auf Stimmenfang gehen. Obwohl die Partei bisher wenig Anklang findet, ist die Gefahr der Mobilisierung rechter Wählerinnen und Wähler nicht zu unterschätzen. Die Ultrarechten konnten inzwischen gerichtlich erzwingen, dass ihnen am 30.06. der BVV-Saal im Rathaus Kreuzberg zur Verfügung gestellt wird, um ihr rassistisches Wahlprogramm vorzustellen. Aber das werden wir nicht zulassen und uns dem Rassistenpack aktiv in den Weg stellen! Kommt am 30.06. ab 16:00 Uhr ins Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4-11.

**MEHR INFOS:**

[dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de](http://dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de)  
[rechtspopulismusstoppen.blogspot.de](http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de)

# NAZI-PROVOKATION IN KREUZBERG ABGEWEHRT!

*Polizei und NPD arbeiten Hand in Hand*

➤ Am 14. Mai versuchten ca. 100 Nazis aus NPD und Kameradschaften, unter dem Motto: „Wahrheit macht frei – Für die Erfassung der Nationalität bei Straftätern“ auf dem Mehringdamm durch Kreuzberg zu marschieren. Ein über Nacht entstandenes breites Bündnis mobilisierte gegen diese Provokation zu einer Blockade. Trotz längerfristig erfolgter Anmeldung hielt die Polizei die geplante Veranstaltung der Faschisten bis zuletzt geheim. Zufällig plauderten die Rechten ihr Vorhaben im Internet aus, was von Antifaschisten bemerkt wurde.

Unklar blieb weiterhin der tatsächliche Auftaktort. Am Platz der Luftbrücke fand eine Gegenkundgebung statt. Auf die Nachricht, die Nazis wollten am Hermannplatz starten, fuhren viele Antifaschisten dorthin. Erst gegen 12 Uhr stellte sich heraus, dass der Sammelpunkt vor dem Finanzamt ist. Hunderte Gegendemonstranten erreichten die Polizeiabsperrungen innerhalb kurzer Zeit. Von mehreren Hundertschaften Bereitschaftspolizei geschützt, begannen die Faschisten, gestört von lautstarkem Gegenprotest, ihre Kundgebung. Wie auf ein Kommando verschwanden die Nazis sehr schnell Richtung U-Bahneingang. Sie prügeln und stachen auf Migranten ein, die sich zufällig auf dem U-Bahnsteig befanden. Auf der gegenüber liegenden Seite des



U-Bahnhofs rannten die Nazis wieder auf die Straße und prügeln mit Fahnenstangen auf am Boden sitzende Gegendemonstranten ein. Die Polizei griff dagegen nur halbherzig ein. Unter lautstarkem Protest und begleitet von plötzlichem Hagel aus Gemüse und Wasserbomben verließen die Nazis den Platz in Richtung U-Bahn. Später wurde ihnen ein kleinerer Aufmarsch in Rudow von der Polizei ermöglicht. Nachfolgende Antifaschisten wurden in Britz abgefangen und eingekesselt.

## WEM NÜTZT ES?

Das politische Nachspiel wurde von dem Bemühen von Polizei und Senat bestimmt, die Vorgehensweise der Behörden zu rechtfertigen. Man habe die Gewaltbereitschaft der Rechten unterschätzt und sei überrascht worden. Das harte Vorgehen gegen Antifaschisten wurde voll gerechtfertigt. Vielmehr müsse man in Zukunft die Zulassung angemeldeter Demonstrationen eher mal in Frage stellen. So wird aus einer rechten Provokation ein Angriff des Staates auf das Demonstrationsrecht. Die offensichtliche Kumpanei von Polizei und Nazis ist kein Zufall, sie hat eine Funktion. Dagegen hilft nur der breite Widerstand aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte. Für ein Verbot und die Zerschlagung der NPD und aller neofaschistischen Gruppierungen!

## HER MIT DER SILVIO-MEIER-STRASSE!

Die „Initiative für ein aktives Gedenken“ hat eine Kampagne gestartet, um noch vor den Abgeordnetenhauswahlen am 18. September die Umbenennung einer Straße bzw. einer Stadtbibliothek in Friedrichshain nach dem ermordeten Silvio Meier durchzusetzen. Mit einem Offenen Brief an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg will die Initiative jetzt den Druck auf die BVV erhöhen, denn ein entsprechender Beschluss existiert bereits seit längerem. Wir, die DKP Friedrichshain-Kreuzberg, unterstützen die Forderungen und Aktionen der Initiative, um eine sofortige Umbenennung zu erwirken.

Zum Hintergrund: Der Antifaschist und Hausbesetzer Silvio Meier wurde am 21. November 1992 am U-Bahnhof Samariterstraße von Nazis mit mehreren Messerstichen erstochen, Freunde von ihm wurden bei dem Angriff schwer verletzt. Erst durch massiven öffentlichen Druck wurde ein politisches Tatmotiv anerkannt und drei der fünf Nazis zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. In Gedenken an Silvio Meier und die vielen weiteren Opfer rechter Gewalt findet seit 1993 jedes Jahr um den 21. November eine Demonstration durch Friedrichshain statt – sie ist eine der größten regelmäßigen Antifa-Demos in Berlin.

MEHR INFOS:  
[aktivesgedenken.de](http://aktivesgedenken.de)





# DKP



## Leben und kämpfen in Friedrichshain- Kreuzberg

Die DKP-Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg ist ein ziemlich bunter Haufen: von gerade mal über 20 bis über 80 Jahre alt, aus der DDR, Berlin und der alten BRD.

Wir sind in verschiedenen Bewegungen aktiv:

- Gegen Nazis engagieren wir uns in der „Initiative gegen Rechts“ in Friedrichshain.
- Beim Berliner Wassertisch sind wir aktiv dabei und kämpfen gegen die Privatisierung unseres Wassers.
- Wir wehren uns gegen hohe Mieten und Verdrängung in unseren Kiezen.

Uns eint ein Gedanke: Dieses Gesellschaftssystem überwinden! Wir wollen Sozialismus, eine Welt, in der die immer größer werdenden Probleme besser bzw. überhaupt zu lösen sind! Dafür braucht man eine entschlossene Partei – für uns ist dies die DKP. Es gibt immer eine Menge zu tun. Eigentlich fehlt uns immer nur noch eine/r: **Und das bist Du!**

### ➤ KONTAKT & IMPRESSUM:

DKP Friedrichshain-Kreuzberg  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Tel.: 030.29783132  
Web: [dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de](http://dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de)

V.i.S.d.P.: M. Grüß, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

### ➤ OFFENES TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Chüechliwirtschaft, Grünberger Straße 68, 10245 Berlin-Friedrichshain



## KLASSENGEGNER ZUM AUSSCHNEIDEN & SAMMELN

# WOLFGANG ALBERS (DIE LINKE)

Gesundheits- und wissenschaftspolitischer Sprecher  
der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus



➤ **Einst als Chirurg und Oberarzt tätig, zeitweise Engagement bei attac, 2005 Eintritt in die WASG, seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (PDS), ab 2007 Mitglied der Partei DIE LINKE, seit Juli 2007 stellvertretender Landesvorsitzender der Partei, Mitarbeit in den Ausschüssen für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie für Wissenschaft und Forschung.**

Der Karrierist Wolfgang Albers, der sich nach dem Zusammenschluss von neun ehemals öffentlichen Krankenhäusern zum Vivantes-Konzern noch in dessen Betriebsrat engagierte, trägt seit seinem Eintritt in die Partei den neoliberalen Kurs des „rot-roten“ Senats entschieden mit. Im Jahr 2005 wurde auf Betreiben des SPD-Linke-Senats und unter dem Wissenschaftssenator und Charité-Aufsichtsratschef Thomas Flierl (DIE LINKE) die sogenannten nicht-medizinischen, pflegerischen Dienstleistungen wie Kantinenbetrieb, Patientenversorgung, Krankentransport, Zentralsterilisation usw. in eine halbprivate Tochtergesellschaft ausgegründet. Diese gehört zu 49 Prozent der Anteile dem privaten Konsortium

aus der Dussmann-Gruppe, Vamed und Hellman Logistics, und zu 51 Prozent zur landeseigenen Charité. Erklärtes Ziel war eine 25prozentige Kostensenkung bis 2010, die letztendlich auf dem Rücken der Beschäftigten der CFM erreicht werden sollte. Bis heute haben sie keinen Tarifvertrag, arbeiten zu Dumpinglöhnen und unter widrigen Arbeitsbedingungen (Schichtsystem, Befristungen etc.). Im Rahmen des gemeinsamen Streiks der Charité- und CFM-Beschäftigten im Mai diesen Jahres wurde die Aufnahme von Tarifverhandlungen bei der CFM erkämpft. Und wie verhielt sich DIE LINKE? Anstatt den Arbeitskampf durch parlamentarischen Druck zu unterstützen, erklärte Herr Albers weichgespült in den Medien: „Das unwürdige Trauerspiel um eine akzeptable Tariflösung für die Beschäftigten müsse endlich beendet werden“. Nächster Akt: Eine neue Ausgründung der Labordiagnostik-Bereiche von Charité und Vivantes in die Labor Berlin GmbH, ein weiterer Privatisierungsprozess im Gesundheitswesen verbunden mit Lohnnebußen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.